

Die Belastung der Beitragszahler durch Asylbewerber steigt an

Realitätsverweigerung

Ich weigere mich zu sagen, daß die Flüchtlinge die Krankenkassen belasten.“ Die kühne Aussage von Doris Pfeiffer, Chefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) ist glatte Realitätsverweigerung. Dabei muß man kein Experte sein, um zu erkennen, daß der millionenfache Asylzustrom auch der GKV erhebliche Kosten verursachen wird. Die meisten der Zuwanderer werden nicht oder erst nach vielen Jahren und kostenintensiver Nachqualifizierung am Arbeitsmarkt teilnehmen – und dann auch überwiegend im Niedriglohnsektor, wo das verstärkte Überangebot die Löhne weiter drücken wird und ihr Beitrag zur Solidargemeinschaft geringfügig und weiter subventionsbedürftig ist. Sind sie jedoch erst nach mehr oder minder langer Wartezeit als „Flüchtlinge“ anerkannt, haben sie auch Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen und medizinische Versorgung in der GKV.



VON
MICHAEL PAULWITZ

»Die viel zu hohen Steuern bescheren dem Fiskus Milliarden an Mehreinnahmen.«

Die politische Debatte um die Auswirkungen des Asylansturms auf die Krankenkassen dreht sich denn auch vor allem darum, die Zusatzlasten schönzureden und zu verschleiern, wer dafür am Ende gerade stehen muß. Die GKV-Chefin schiebt die drohenden Beitragserhöhungen, die allein an den Versicherten hängen bleiben, ausschließlich auf die „teuren Gesetze“ der Bundesregierung und verlangt, den Monatszuschuß für Hartz-IV-Bezieher, zu denen nächstes Jahr, vorsichtig geschätzt, 800.000 Asyl-Immigranten hinzukommen sollen, von derzeit 90 Euro

pro Kopf „kostendeckend“ um die Hälfte anzuheben. So kann man die Asyl-Kosten für die Kassen natürlich auch elegant verstecken.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe wiederum will zunächst anderthalb Milliarden Euro aus den Rücklagen des Gesundheitsfonds in die GKV-Etats umleiten, um unter anderem (meint: hauptsächlich) die Zusatzkosten für Asylbewerber zu decken. Im Klartext: Er will die von den Beitragszahlern geschaffenen Puffer plündern, die von Rechts wegen diesen zustehen, um die Mehrkosten möglichst lange aus dem Bundeshaushalt herauszuhalten.

Wenn schon nächstes Jahr die Sozialabgabenquote über 40 Prozent steigt, ist es für die gebeutelte Mittelschicht ein zynischer Trost, daß der Bundesfinanzminister bis 2020 ohne neue Schulden auskommen will und die CSU Steuererhöhungen markig ausschließt. Kunststück: Die Steuern sind ja schon seit Jahren zu hoch und bescheren der öffentlichen Hand Milliarden an Mehreinnahmen, die sie für die Asylkrise verfeuern kann, statt sie den Steuerzahlern zurückzugeben.

Und die Milliarden, die Wolfgang Schäuble wegen der EZB-Geldflut an Zinsen für den vorhandenen Schuldenberg spart, sind Milliarden, um die deutsche Sparer kalt enteignet werden. Statt Schulden abzubauen, macht man den ausgeplünderten Bürgern weis, der Asylansturm verursache ihnen „keine Mehrkosten“. Noch ein klarer Fall von Realitätsverweigerung.

Millionen Dieselaautos soll die Fahrt in Städte verwehrt werden

Blaue Geisterfahrt

Von Markus Brandstetter

In Deutschland fahren 14,5 der 45,1 Millionen Pkw mit Diesel. Hinzu kommen 4,5 Millionen Lkw, Busse und Agrarfahrzeuge. Dieser hohe Diesel-Anteil resultiert erstens aus den seit 30 Jahren bestehenden Steuervorteilen und zweitens aus der überragenden Technologie, die die deutschen Automobilproduzenten anbieten. Dieselfahrer konnten sich bislang als eine verwöhnte, gehegte und geschützte Spezies betrachten.

Damit ist es bald vorbei: Bereits im Herbst soll eine neue blaue Plakette (JF 16/16) für die Umweltzonen beschlossen werden. Geht es nach den Umweltministern von Bund und Ländern, würden schrittweise alle Fahrzeuge aus deutschen Innenstädten verbannt werden, welche die Abgasnorm Euro 6 nicht erfüllen – das sind derzeit fast 14 Millionen Pkw. Die Grenzwerte bezüglich des Stickoxidasstoffes (NO_x) erfüllen – wenn man den Prüfstandsnormen nach VWs Dieseltage weiter glaubt – bislang nur eine halbe Million neue 500.000 Diesel-Pkw und die modernsten Lkws.

„Die Befürworter einer Blauen Plakette begeben sich auf eine verkehrspolitische Geisterfahrt“, warnt Mario Ohoven, Chef des Unternehmensverbandes BVMW. Nicht nur der Logistik-Branche, auch Handwerk und Gewerbe, würden zusätzliche Lasten aufgebürdet. Der BVMW werde „gegen diese mittelstandsfeindliche Aussparungsstrategie“ mobil machen, denn viele seien erst kürzlich auf Euro-5-Fahrzeuge umgestiegen: Ein Fahrverbot bedeute „Enteignung von Betriebsvermögen“ und zerstöre das „Vertrauen in den Rechtsstaat“.

Technisch gibt es aus heutiger Sicht kaum Abhilfe, ältere Diesel lassen sich nicht einfach per Nachrüst-Kat auf Euro-6-Niveau bringen. Noch ist unklar, welche Ausnahmen und Übergangsregelungen gelten, aber eines ist klar: Mit dem Sonderstatus der Dieselfahrzeuge ist es vorbei. Aber auch Besitzer sparsamer Benzindirekt einspritzer sollten aufmerksam das blaue „Kleingedruckte“ lesen: Ihre Autos haben ähnliche Probleme mit NO_x und Partikeln wie die Diesel.



Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: Fordert Eurobonds, eine EU-weite Einlagensicherung, Arbeitslosenversicherung und Steuerhoheit

Zusammenarbeit ohne Euro-Zwang

EU-Reform: Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten wäre eine Alternative zum Brexit / Parlamentsvorbehalt?

DIRK MEYER

Nur drei Wochen nach dem Brexit-Votum, bei dem 51,9 Prozent der Briten für den EU-Austritt stimmten, steht das neue Kabinett: Neue Premierministerin ist Theresa May, die für „Remain“ eingetreten war, aber die gegenteilige Volksmeinung akzeptiert. Den neuen Posten des Brexit-Ministers übernimmt David Davis, ein konservativer EU-Gegner und „Leave“-Aktivist. Der 67-jährige Tory-Politiker muß nun die Austrittsverhandlungen gemäß Artikel 50 EU-Vertrag (EUV) leiten. Der Abschluß innerhalb der vorgegebenen Zweijahresfrist ist nicht nur zeitlich äußerst eng, sondern auch angesichts der Erfordernis qualifizierter Mehrheiten überaus vage.

Überleben der Eurozone erfordert einen Bundesstaat

Gravierender erscheint jedoch das derzeit erkennbare Desinteresse Großbritannien an den diskutierten Alternativen: Das Norwegen-Modell mit Aufnahme in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder das Schweizer Modell über sektorale Einzelabkommen (JF 29/16). Beide hätten die Übernahme aller Binnenmarktregeln – also auch den EU-Ausländerzuzug – ohne Mitsprache bei gleichzeitiger Beitragszahlung zur Folge. Schließlich dürfte der Rückfall zum EU-Drittstaat und bloßem Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) nicht im Interesse des – noch – Vereinigten Königreiches sein. Doch gibt es andere Wege?

In dem Briten-Referendum dominierte die Problematik des unbegrenzten EU-Ausländerzuzugs. Das Votum ist allerdings auch eine logische Folge der Krise der Währungsunion. Zwar hat sich Großbritannien – wie auch Däne-

mark – über eine Ausnahmeregelung der verpflichtenden Teilnahme am Euro entzogen. Jedoch setzt die Einheitswährung eine unionistische Vorgehensweise in Gestalt einer einheitlichen Geld- und einer koordinierten Finanzpolitik der Mitgliedstaaten voraus. Und so rechte fertigte der sozialdemokratische Ex-Außenminister David Owen sein Brexit-Votum: „Die Währungsunion kann nur überleben, wenn sich die Eurozone in einen Bundesstaat verwandelt.“ Diese Entwicklung von einer Staatengemeinschaft hin zu einem Bundesstaat geht – nicht nur – vielen Briten zu weit.

Gerade unter diesem Aspekt erscheint der Vorstoß von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als verfehlt, der das klare „Leave“-Votum der Engländer und Waliser (Schotten und Nordiren stimmten genauso klar für „Remain“) als Anlaß für ein Ende einer „EU mit multiplen Währungen“ nehmen möchte. Neben dem „Opt-out“ des EU-Nettozahlers Dänemark gibt es offene Ablehnungen einer Einführung des Euro in Schweden, aber auch beim seitens des mit 13,8 Milliarden Euro Netto profitierenden Polen sowie Tschechien oder Ungarns. Abgesehen von der Nichterfüllung der Konvergenzkriterien würde die Eurozone noch heterogener und damit krisenanfälliger.

Ein geschickter Schachzug des früheren luxemburgischen Regierungschef bleibt sein Vorschlag, der lettische Euro-Währungsminister und Vizepräsident Valdis Dombrovskis möge die Zuständigkeit des scheidenden britischen Kommissars Jonathan Hill (Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Union der Kapitalmärkte) mit übernehmen. Projekte wie eine EU-weite Einlagensicherung, Eurobonds, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung und eine eigene Steuerhoheit für die EU lägen dann in einer Hand – alles Projekte einer Kollektivhaftung, der Umverteilung und einer „Harmonisierung von oben“. Zu-

sammen mit den Vorschlägen des „Club Med“ (der EU-Nettozahler Frankreich und Italien sowie der Milliarden-Profiteure Griechenland, Portugal und Spanien) für ein Ende der Sparpolitik käme diese Politik einer weiteren Aufweichung des Euro-Regelwerkes gleich, die die Stabilität der Währung gefährdet und weitere politische Zerwürfnisse zwischen den Mitgliedstaaten heraufbeschwört.

Die nationale Identität der EU-Mitgliedstaaten achten

Seriöser ist hingegen die Initiative der Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, beide Staaten als Motor der Integration in Gang zu setzen: Terrorismus, Sicherheit, Verteidigung und Außenpolitik bieten Bereiche der Zusammenarbeit, die europäische Nationalstaaten alleine überfordern könnten. Denkt man diese Vorschläge innerhalb einer Strategie der abgestuften Integration weiter, so würde sich ein Kerneuropa mit weitgehender Zusammenarbeit und eine Randzone mit unterschiedlichen Teilnahmen einzelner Mitgliedstaaten herausbilden: ein Europa der zwei Geschwindigkeiten mit einer Zusammenarbeit à la carte.

Ausgangspunkt wären erstens unabhängige Angelpunkte wie die Binnenmarktregeln, von denen nur in begründeten Fällen einer Überforderung abgewichen werden kann. Um Mißbrauch und Willkür zu unterbinden, hätte die Ingangsetzung von EU-rechtlich fixierten Ausnahmen der EU-Rat mit qualifizierter Mehrheit zu genehmigen.

Konkret würde dieser Mechanismus bei einer Ausnahme Großbritanniens von der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder bei Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit im Falle der Kapitalflucht italienischer Banken in Gang gesetzt werden können. Zweitens wäre der Eintritt zur Währungsunion grundsätzlich

freiwillig. Ein mehrjähriges Verfehlen der Stabilitätsgaben würde hingegen ein Euro-Ausscheiden zur Pflicht machen. Damit wäre der Euro als Stabilitätsgemeinschaft gefestigt.

Drittens ist das Subsidiaritätsprinzip als Kompetenzübungsschranke der EU zu stärken: „Alle der Union nicht in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten verbleiben bei den Mitgliedstaaten“, heißt es schon heute in Artikel 5 des EU-Vertrags (EUV). Für die Abgrenzung der Zuständigkeiten gelte „der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung“.

So könnte künftig ein Gesetzesvorschlag der Kommission entsprechend den ehemals geplanten Sonderkonditionen für Großbritannien aufgehalten werden, wenn 55 Prozent der nationalen Parlamente innerhalb von zwölf Wochen Bedenken äußern. Zudem sind die ausschließlichen und geteilten Zuständigkeiten der EU (Artikel 2 bis 6 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) hinsichtlich der Bereiche Umwelt-, Sozial-, Verkehrspolitik und Binnenmarkt so auszurichten, daß die „jeweilige nationale Identität“ der Mitgliedstaaten geachtet wird (Artikel 4 Abs. 2 EU-Vertrag).

Dieser scheinbare Rückschritt einer Integration könnte die Basis einer stabilen Gemeinschaft europäischer Staaten werden, die bei unterschiedlichen ökonomischen Potentialen, Präferenzen und gesellschaftlichen Strukturen friedlich und glücklich zusammenleben wollen. Der Brexit würde so als Chance genutzt, die letztlich auch Großbritannien einen Verbleib in der EU ermöglichen würde.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg. Er ist Autor von Gutachten für die Verfassungsklagen gegen die Griechenlandhilfe und den EFSF-Vertrag sowie des Buches „EURO-Krise: Austritt als Lösung?“ (LIT Verlag 2012).

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Kundennummer (falls zur Hand): _____

Vorname/Name: _____

Straße/Nr. (kein Postfach): _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____
Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Gary Christenson, Jürgen Müller

Gold: 10.000 Dollar?
Was eine neue Modellrechnung über die Zukunft des Goldpreises sagt und warum Sie einen Teil Ihres Vermögens jetzt in Edelmetall anlegen sollten
Der Edelmetall-Experte Gary Christenson hat nach akribischer Recherche ein Modell entwickelt, um die wahrscheinliche Goldpreisentwicklung bis zum Jahr 2021 zu prognostizieren. Der Goldpreis wird dann bei 10.000 Dollar liegen! Sicherheit und Gewinnchancen sind enorm.
142 S., geb.
Best.-Nr.: 93116



EUR 16,95

Max Otte

Rettet unser Bargeld!

Droht die Abschaffung des Bargelds? Frei verfügbares Geld ist ein Fundament freier Gesellschaften. Schon eine Begrenzung von Bargeldzahlungen ermöglicht den Kontrollstaat. Eine Streitschrift von Prof. Dr. Max Otte, dem Prognostiker der Finanzkrise von 2008 („Der Crash kommt“)!
48 S., Pb.



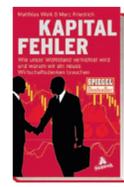
EUR 7,00

Best.-Nr.: 93088

Matthias Weik, Marc Friedrich

Kapitalfehler

Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen
Die Finanzkrise 2008 hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben. Doch ihre Ursachen sind bis heute nicht verstanden worden. Die Autoren zeigen, warum der Finanzkapitalismus immer wieder daran scheitert, unseren enormen Wohlstand fair und nachhaltig zu verteilen.
352 S., geb.



EUR 19,99

Best.-Nr.: 93133

Hans-Werner Sinn

Der Euro

Von der Friedensidee zum Zankapfel
Der Euro sollte mehr sein als eine Währung: ein Garant für Einheit und Frieden in Europa. Heute ist Europa gespalten und zerrissen. Im Süden bleibt die Arbeitslosigkeit unerträglich, der Norden wurde von der EZB in Geiselnahme genommen und zum Zahlmeister gemacht. Was ist zu tun?
480 S., geb.



EUR 24,90

Best.-Nr.: 92867

Peter Lüdemann

Abgezockt und kaltgestellt

Wie der deutsche Steuerzahler systematisch ausgeplündert wird
Wir sind Untertanen. Das deutsche Steuerrecht verwirrt und entmündigt den Staatsbürger. Er kann weder mitreden noch sein Recht gegenüber einem falsch angewendeten Steuerrecht einklagen. Er darf nur zahlen und wird, sollte er einen Fehler gemacht haben, als Straftäter verfolgt.
208 S., Pb.



EUR 17,99

Best.-Nr.: 92896

Markus C. Kerber

Wehrt euch, Bürger!

Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört
Prof. Dr. jur. Markus C. Kerber erläutert als einer der Kritiker der EZB die andauernde Selbstermächtigung der Europäischen Zentralbank und zeigt, wie Sie als Bürger die Folgen dieser Politik zu spüren bekommen und was Sie tun können, um sich der EZB zu erwehren. Dieses Buch ist mehr als eine wissenschaftliche Analyse, es ist Pamphlet und Aufruf zugleich.
128 S., Pb.



EUR 9,99

Best.-Nr.: 92895

Bruno Bandulet

Beuteland

Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945



Welche materiellen und geistigen Werte wurden den Deutschen in sieben Jahrzehnten genommen? Was steckt hinter der europäischen Integration und der Masseneinwanderung, und wie verkam der Euro zum Enteignungsprogramm? Bruno Bandulet entlarvt die „Verschwörung der Eliten“!
333 S., geb.

Best.-Nr.: 93140

EUR 19,95

Abbildungen können vom Original abweichen!